

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Wer einen Titel sucht für den jüngsten Jahrgang, kann von einer Woche der Geburtswochen reden. Geburtswochen wegen des zweiten Vertrauensvotums. Es ging nicht ganz so kritisch zu, wie neulich bei der Liquidation des Eisenbahnverkehrs. Aber es waren doch eine Menge von Hemmnissen und Fährlichkeiten zu überwinden. „Schmer, aber glücklich,“ heißt es häufig in den Anzeigen der erfolgreichen Eltern. Wenn man das Ergebnis der erfolgreichen Verhandlung sieht, so ist diesmal das Kind gemächlicher geraten, als bei der ersten Entbindung. Damals nur 35 Stimmen Mehrheit, jetzt 248 Ja gegen 81 Nein und 43 Stimmenthaltungen.

Der Zuwachs an Ja-Stimmen erklärt sich durch die Haltung der Deutschen Volkspartei, die seinerzeit gegen das erste Vertrauensvotum gestimmt hatte, aber diesem Vertrauensvotum gestimmt hatte, aber diesem zweiten sich angeschlossen. Allerdings unter dem Vorbehalt, daß es sich nicht um ein allgemeines Vertrauensvotum handele, sondern um eine begrenzte Billigung derjenigen Erklärung der Regierung, die zu den unerhörten Forderungen der Reparationsnote abgegeben worden. Die Regierung hat inzwischen die Vollmacht, die sie braucht.

Zu bedenken ist sie deshalb freilich noch nicht. Denn sie hat nur die verdamnte Pflicht und Schutzlosen, bei den Machthabern der Entente durchzusetzen, daß die tollen Zumutungen der Reparationsnote beiseite geschoben und ein vernünftiger Ausgleich zwischen dem deutschen Tribut und der deutschen Leistungsfähigkeit getroffen wird. Das ist ein verzweifelt saures Stück Arbeit, dem man wohl die besten Wünsche, aber nur eine homöopathische Dosis von Zuversicht widmen kann.

Der Versuch ist beschloffen, also muß er auch laßbar durchgeführt werden. Mit einer schriftlichen Antwort auf die grobe Note fängt der Versuch an. In Genua kann er vielleicht im mündlichen Verfahren fortgesetzt werden; aber zu Ende kommt er da noch lange nicht. Auf dem weiten und wirren Wege zum Ziele wird es noch manche Krisis und manchen Ringkampf um Vertrauensvoten geben.

Die habgierigen Pariser sagen, Deutschland stellt sich nur arm und habe reichlich viel Geld. Wenn es doch wahr wäre! Wir selber hätten an allen Ecken und Enden, daß unsere Papiermünze nicht einmal an derbaltbar ist. Unser Geld schmilzt die Butter an der Reparationskassette; das einzige, was wir zurzeit noch haben, ist die Geduld, wie sich in der jüngsten Verhandlung wieder gezeigt hat. Doch dürfen die Herren auf der Gegenseite diese moralische Weisheit nicht für unerschöpflich halten. Nach der deutsche Wägel kann schließlich in Verzweiflung getrieben werden.

Der Protest des Reichstages.

Zweidrittelmehrheit für die Reichsregierung.

Mit genau zwei Dritteln der abstimmenden Vertreter des deutschen Volkes hat der Reichstag die Erklärungen der Reichsregierung zur letzten Note der Reparationskommission gebilligt und damit eine feste Grundlage geschaffen, auf der die Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen in Genua sitzen kann. Mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen wurde folgender vom Zentrum eingebrachte Vertrauensantrag angenommen:

„Der Reichstag verweigert sich gegen die in der Note der Reparationskommission vom 21. März dem deutschen Volke angedrohten unerhörten Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu dieser Note abgegebenen Erklärungen.“

Die Mehrheit besteht aus Deutscher Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, die Minorität aus Deutschnationalen und Kommunisten. Der Entschluß haben sich die Unabhängigen und die Mitglieder der kommunikativen Arbeitsgemeinschaft, die sich in demnächst mit den unabhängigen Verfassungen verbinden werden. Die Annahme des Vertrauensantrages wurde von der Mehrheit des Hauses mit großer Beifall aufgenommen.

Vor der Abstimmung.

Der Abstimmung unmittelbar voran ging eine lange und sehr aufgeregte Debatte. Die Deutschnationalen hatten eine Trennung des Vertrauensantrages in der Weise beantragt, daß der Reichstag sich zwar gegen die unerträglichen Forderungen der Reparationsnote verhalten, aber die Erklärungen der Regierung nicht billigen sollte. Der Zentrumsführer Marx erklärte, daß eine solche Trennung des als unteilbares Ganze eingebrachten Vertrauensantrages nicht möglich wäre. Dieser Auffassung pflichtete auch der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, bei, indem er den Antrag als unteilbares Ganzes bezeichnete, über den nicht getrennt abgestimmt werden könne; er wandte sich jedoch gegen die Ansicht, daß es sich bei dem Antrag Marx um ein ausgeprochenes Vertrauensvotum handele. Die Deutsche Volkspartei erklärte in diesem Antrag lediglich eine Billigung der Zurückweisung der dem deutschen Volke angedrohten Forderungen, nicht aber eine Zustimmung zu den Erfüllungspolitik der Regierung. Zu den Deutschen Volkspartei, der Hamburger Domkapitular erklärt, daß die deutschnationalen Wändlungsanträge lediglich den Zweck verfolgten, Zwietracht in die Kreise jenseitigen, die dem Ernst der Situation gerecht wurden.

Ablehnung der deutschnationalen Anträge.

Der Zusatzantrag Herzog zum Antrag Marx wurde darauf in namentlicher Abstimmung mit 312 gegen 60 Stimmen abgelehnt, ebenso bei 10 Stimmenthaltungen mit 302 gegen 60 Stimmen der Eventualantrag Herzog, im Antrag Marx die Schlüsselwort („und billigt“ daher die von der Reichsregierung abgegebene Erklärung) zu streichen. Hieran wurde der Antrag Marx mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Der ursprüngliche Vertrauensantrag der Deutschnationalen wurde durch die Abstimmungen für erledigt erklärt.

Frift bis zum 15. April.

Frankreich droht mit Zwangsmahnahmen.

Die Ansichten der Alliierten über die Entscheidung der Reparationskommission gehen weit auseinander. Während der englische Schatzminister Sir Robert Borne im Londoner Unterhaus des deutschen Vorschlag (1), der für die Regelung des deutschen Reparationsproblems unterbreitet worden sei, während seines letzten Besuches in Paris nicht als ein endgültiger Vorschlag gemacht worden sei, sondern als Anregung mit Bezug auf andere Pläne, stellt die Pariser Presse die Entscheidung der Reparationskommission als eine unumstößliche Tatsache hin, die durch keinerlei Verhandlungen abgeändert werden könne. Nach dem „Temps“ soll die Kontrollkommission am 1. Juni ihre Tätigkeit in Deutschland aufnehmen. Spätestens bis 15. April solle auf Deutschland Antwort erwartet und dann die Finanzkontrolle vorbereitet werden. Falls erforderlich, würden eventuell Zwangsmahnahmen Anfang Mai eingeleitet.

Die Kommission für die internationale Anleihe.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist der belgische Delegierte Delacroix für den Vorsitz in dem von der Reparationskommission beschlossenen Ausschuss zur Vorbereitung der internationalen Anleihe ausersehen. Vizepräsident soll der zweite italienische Delegierte d'Amelio werden. Außer ihnen fallen ein Vertreter der deutschen Regierung und vier Finanzfachverständige, nämlich je ein Amerikaner, Engländer, Franzose und Holländer dem Ausschuss angeschlossen.

Der Ausschuss soll in einem Bericht darlegen, unter welchen Bedingungen Deutschland auf den Hauptfinanzmärkten der Welt eine Anleihe aufnehmen könnte, welche Garantie den Geldgebern ohne Schädigung der älteren Gläubiger geboten werden könnte, und in welcher Weise die für den Anleihebedeut bestimmten deutschen Staatseinnahmen zu kontrollieren wären.

Unabsehbare Sachleistungen.

Auch die „kleinen“ Staaten melden sich.

Die Regelung der Reparationsfrage vollzog sich bisher fast unter völligen Ausschluß der „kleinen“ Ententealten. Während die Pariser Finanzministerkonferenz die großen Siegerstaaten mit überaus großen Anteilen an den deutschen Sachleistungen bedacht hat, ist auf die kleinen Bundesgenossen keinerlei Rücksicht genommen worden, obwohl diese infolge fehlender Industrie zweifellos viel ausnahmefähiger sind als z. B. Frankreich und England, vor denen man annehmen darf, daß sie ihren Anteil an Sachleistungen nicht einmal voll werden in Anspruch nehmen können.

Um diesen wirtschaftlich benachteiligten kleinen Staaten ihr „Recht“ auf die deutschen Sachleistungen zu sichern, haben die Delegierten Rumäniens, Griechenlands, der Tschechoslowakei, Portugals und Brasiliens sich bei dem amerikanischen Delegierten bei der Wiedergründungs-Kommission Boyden, veranlaßt, um über ihre Beteiligung an den deutschen Sachleistungen zu beraten.

Wie aus einer durch Habas verbreiteten Nachricht der Reparationskommission hervorgeht, haben mehrere Delegierte zum Ausdruck gebracht, daß so bald wie möglich der den verschiedenen Ländern zuzuführende Prozentsatz der deutschen Leistungen festgesetzt und bestimmt würde, in welchen Grenzen es diesen Ländern möglich sein werde, mit Deutschland die gleichen Abmachungen zu treffen wie das Wiedergeborene Völkchen. Der amerikanische Delegierte hat sich bereit erklärt, die Wünsche der kleinen Staaten bei der Reparationskommission zu vertreten.

Inwiefern diese die Forderungen der kleinen Verbündeten bewilligen wird, steht dahin. Bei der letzten gen. Hellen nach Befriedigung Frankreichs, Italiens und Belgiens insgesamt 6,5 Prozent für die übrigen Verbündeten. Von diesen sind seitdem 5 Prozent Südsibirien zuerkannt worden, so daß für Griechenland, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei, Portugal und Brasilien nicht mehr als 1,5 Prozent zur Verfügung stehen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diese kleinen Staaten mit einem solchen Verteilungsschlüssel zufrieden geben werden. Es fragt sich allerdings, durch die Beschüsse von Cannes, welche die ihm sind, noch Sachleistungen für die Befriedigung der Bedürfnisse der kleinen Staaten leisten kann. Nach der diese Frage stellen, heißt sie zu verneinen. Nach der letzten Erklärung des Reichstanzlers im Reichstage ist es uns ohne fremde Hilfe nicht einmal möglich, die von uns geforderten 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Sachleistungen im Jahre 1922 an die Alliierten zu leisten. Von Mehrleistungen kann deshalb überhaupt gar keine Rede sein.

Der Fernbrief 4 Mark.

Eine Erhöhung jagt die andere.

Bei der Beratung des Reichspostetats im Haupte Ausschuss des Reichstages kündigte Reichsminister Postgebühren eine ganz erhebliche Steigerung der Postgebühren an.

Die Postverwaltung kann zwar, so führte der Postminister aus, von dem jährlichen Mehrbedarf der Erhöhung um den Betrag des Besoldungs- und Lohn-Mark durch Mehrvertrag aus den laufenden Ausgaben und 500 Millionen Mark aus Ersparnissen bestritten. Es bliebe dann aber immer noch ein Mehraufwand von 114 Millionen Mark. Um dies auszugleichen, wäre der Brief von zwei Mark auf drei Mark zu erhöhen. Dies wäre dementsprechend auch die übrige Briefpostgebühren zu erhöhen. Der Entwurf über die Erhöhung der Adressen, ebenso der Paketgebühren in der Nation. Beim Telegramm sei eine Erhöhung von 20 Prozent für eine Steigerung der Fernspreckgebühren in dem Umfang geplant, daß zu dem letzten Gebührenausschlag auf die nächsten

Kernspreckgebühren von 80 Prozent ein noch maliger Aufschlag von 60 Prozent genommen werden. Im ganzen ergebe sich hiernach eine jährliche Mehreinnahme von rund 4 Milliarden Mark.

Mit den letzten Beschlüssen des Hauptauschusses zu der neuen Besoldungsvorlage sei für die Postverwaltung aber eine neue Situation geschaffen. Diese Beschlüsse ergebe sich ein weiterer jährlicher Mehrbedarf von 1 1/2 Milliarden Mark, der nur durch weitere Erhöhung zu gewinnen sei. Als Ausgleich für diese Erhöhung habe ebenfalls wieder die Fernbriefgebühren zu dienen, und zwar müsse diese Gebühre (statt auf drei Mark auf vier Mark bemessen werden. Beim Telegramm wäre eine Erhöhung über den Satz von 1,50 Mark für das Wort zurzeit nicht möglich.

Belgische Sühneforderung.

2 Millionen Francs für den Fall Belgische Sühneforderung für den in Hamburg getöteten Beamten der deutschen Regierung eine Schadenersatzforderung in Höhe von 2 Millionen Francs (1) übergeben. Eine belgische Justizkommission begehrt (1) über die Vornahme von Ermittlungen im Auftrag der belgischen Armee nach Hamburg, da es den belgischen Behörden nicht gelungen sei, die Täter der Belästigung zuzuführen.

In diesem Zusammenhang darf man sich nicht die Frage erlauben, welchen Schadenersatz die belgische Regierung für den Mord an dem deutschen Politischen Schmeißler leisten wird. Bisher ist noch nichts über eine Sühneleistung der belgischen Regierung für die Ermordung des deutschen Beamten verlautbart, aber dem einen recht ist, ist dem anderen billiger. Oder geht die belgische Regierung etwa von einem Standpunkt aus, daß das Leben eines belgischen Politikers höher anzuschlagen sei als das eines deutschen Politikers, der von einem belgischen Staatsangehörigen ohne jeden Anlaß hinterlistig erschossen worden ist?

Zie verhaftete Schupo-Aktion.

Ueber die Verhaftung der Beamten der Schutzpolizei in Oberhausen wird mitgeteilt, daß der Polizeipräsident in Essen sich sofort mit dem belgischen General in Duisburg wegen Freilassung der Beamten in Verbindung gesetzt und angeordnet hat, daß die Oberhausener Schutzpolizei ihren Dienst im belgischen Stadteil einstelle. Inzwischen sind von den 25 verhafteten Beamten drei, die zur Wache Altkaden gehören und eine Armbride hatten, freigelassen worden. Die übrigen hatten keine Armbriden, da sie zum Dienst auf den anderen Wachen bestimmt waren und daher das besetzte Gebiet nur vorübergehend bei der Durchsicht des Wagens berühren, ein Verbot, das seit Monaten geübt und bisher von den Belgiern nicht beanstandet worden ist.

Politische Rundschau.

Berlin, 1. April 1922.

Die deutsche Regierung hat sich auf Grund des Urteils der internationalen Untersuchungskommission über die Verurteilung des holländischen Dampfers „Ludania“ während des Krieges zum Schadenersatz bereit erklärt.

Annahme der neuen Besoldungsordnung im Reichstag. Nach der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Reichsregierung hat der Reichstag das neue Beamtenbesoldungsgesetz in zweiter und dritter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Im Laufe der Debatte teilte Reichsfinanzminister Hermes mit, daß die Aufbesetzungen insgesamt fünfzig Milliarden Mark erforderlich. Die Bezüge der Gruppe VII sind im Endguthalt um 1000 Mark über die Sätze der Regierungsvorlage hinaus erhöht worden. Der Kinderzuschlag wird für Kinder vom 14. bis 21. Lebensjahre nur unter gewissen Voraussetzungen gewährt. Verheiratete Beamte erhalten einen Frauenaufschlag, der auch Witwern gegeben werden kann. Der Teuerungszuschlag beträgt zum Grundgehalt, den Diktien und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge 10 000 Mark nicht überschreiten, 60 v. H. vom übrigen 30 v. H., zu den Kinderzuschlägen 30 v. H. vom Hundert.

Der Grenzverkehr im Saargebiet. Nach Auflösung der Grenzkommission für das Saargebiet ist vor einigen Wochen in Saarbrücken eine neue Kommission zusammengetreten, die aus Vertretern der Deutschen und der französischen Regierung und hauptsächlich die Aufgabe hat, Entwürfe für die Regelung des kleinen Grenzverkehrs und die Sicherung der Gebrauchs- und Nutzungsrechte der Bewohner in den Grenzgebieten auszuarbeiten. Ueber diese Fragen, denen bei den außerordentlich engen Beziehungen der Bevölkerung zu beiden Seiten der Grenze zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland erhebliche Bedeutung zukommt, hat ein Entwurf vorgelegt, der von der Kommission bereits angenommen wurde, der sich auf die der früheren Entwürfe und Wünsche der Bevölkerung in den Grenzgebieten stützt und diesen Wünschen so weit als möglich gerecht zu werden sucht.

Die Kosten des Ermittlungsverfahrens in der Norddeutsche Erbsche. In einem rechtsstehenden Blatte des Ermittlungsverfahrens aufgestellt worden. Die Kosten des Ermittlungsverfahrens gegen die Mörder des Reichsministers a. D. Erzberger hätten bereits annähernd 200 Millionen erreicht. Demgegenüber wird von zuständiger Seite festgesetzt, daß die bisherigen Wähler und anderer verdächtiger Personen, zur Vorbereitung einzelner Verhaftungen sowie familiäre Welter bis heute noch nicht 400 000 Mark betragen haben.

Welches sind die besten Liköre?
 die allbekanntesten
Rückforth-Liköre
 sind die besten.
 Zu haben bei
Karl Bender.
 Empfehle noch:
**Nordhäuser, Rum, Cognac
 Steinhäger, Sekt**

Feld- und Gemüsesamen
 in nur guten Sorten.
 Rotklee, Schwedenklee, Gelbklee, Luzerne,
 Seradella, Thymothee, Saathafer (Original)
Georg Pasche,
 Gärtnerei und Samenhandlung.

Wichtig!
 für Bürgermeisterämter!
 Nach dem Erlass des Preussischen Staats-
 ministeriums müssen sämtliche
Dienstsiegel mit dem neuen Adler
 versehen werden. Die Lieferung der Stempel erfolgt
 prompt innerhalb 4 Tagen durch die
**Buch- u. Kunstdruckerei
 H. Munzer
 Spangenberg (Bez. Cassel)**

Jungdeutscher Orden.
 Am Dienstag, den 4. April, abends
 8 Uhr
Vollversammlung
 Wegen wichtiger Besprechung ist das
 Erscheinen aller selbstverständlich.
Der Gefolgschaftsmeister.

Gelegenheitskauf.
 Aufsäcke, Marktaschen, Altent-
 taschen, Geldscheintaschen
 Gummihülle
Richard Mohr.

Für Konfirmanden
 sehr preiswert!
 Uhren aller Art und alle anderen
 Schmucksachen
Ebenso für Brautleute
 fugenlose Trauringe jeden
 Feingehalts
 noch zu billigen Preisen
Friedmann's
 Uhrenhandl. u. Reparaturwerkstatt

Bestes Schweinefutter
 Erbsen u. Bohnen, Armeekonserven
 offeriert billigst
Richard Mohr

Vom 1. April d. J. ab übernimmt die
**Firma M. WOELM, Komm.-Ges.
 Spangenberg**
 für die Orte Spangenberg, Elbersdorf u. Bergheim
 I. den Einzug der Krankentassenbeiträge,
 II. die Auszahlung des Krankengeldes und sonstigen
 Rechnungen,
 III. die Ausgabe und Entgegennahme von An-
 und Abmeldungen
für die Allgemeine Ortskrankenkasse
 für den Kreis Melsungen, auschl. Stadt Melsungen.
 Einzahlungen, sowie An- und Abmeldungen werden
 täglich in den Geschäftsstunden von 9-12 Uhr vor-
 mittags und von 3-5 Uhr nachmittags entgegen genommen.
 Auszahlungen dagegen finden nur Montags
 von 9-12 Uhr vormittags statt.
Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse
 für den Kreis Melsungen
 (auschl. Stadt Melsungen)
Viktor George, Vorsitzender.

L. Pfeiffer
 Bankgeschäft,
Agentur Spangenberg
 Vertreten durch Herrn Apotheker M. Woelm.
 Postcheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.
 Vern.ittlung aller bankmäßigen Geschäfte.
Scheckrechnungen
 Zinssatz 3%
Depositen- (Spar-) Rechnungen
 Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Ma.
Delfardinen, Lachs in Scheiben
Majonesen, Sardellen,
Amerik. Würstchen
 noch zu billigen Preisen
Richard Mohr.

Farben - Lacke - Öle
 preiswert
Nüchel & Albrecht, Cassel
 Weiser Hof - Fernruf 3217.

Große Standuhren
 erstklassiges Fabrikat
 elegante Ausführung
Wilh. Keim,
 Uhrmacher
Konfirmanden-Uhren
 in allen Preislagen
Konfirmanden-Schmuck
 Eigene Spezial-Reparatur-Werkstatt.

Stempel
 liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei.

Todes-Anzeige
 Heute morgen 1 Uhr entschlief nach kurzen
 schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter
 Bruder, Schwager und Onkel, der
Weißbindermeister
Wilhelm Beisheim
 im Alter von 60 Jahren.
 Dies zeigt in tiefem Schmerz an:
Frau Martha Beisheim
 geb. Wenderlich,
 nebst Verwandten.
 Spangenberg, den 1. April 1922.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den
 4. April, nachmittags 2 Uhr statt.

Anmeldungen zum
Sommerhalbjahrskursus
 werden entgegengenommen
Blunck & v. Boehn's Privathandelschule
 Hohenz.-Str. 26 Cassel Fernruf 1604
 Lehrplan durch die Schriftleitung.

Der klugen Frau
 bringe ich segensreichen Trost.
 Frauen, welche an Regelsstörungen leiden, mache ich
 ganz besonders auf meine Spezial-Mittel gegen
 Regel- und Blutstockung aufmerksam, dieselben können
 ohne jede Beeinträchtigung angewandt werden und sind
 völlig unschädlich, worfür ich garantiere. Siehe hier täglich
 einlaufende Dankschreiben bezeugen die Güte meines Mittels
 und den schnellen und sicheren Erfolg. Erfolg schon
 in 2-3 Tagen! Beweisen Sie sich vertrauensvoll unter
 Angabe, wie lange Sie schon leiden, an **Frau Anna Trost,**
 Hebamme, Hamburg Postamt 37

Kirchliche Nachrichten.
 Sonntag, den 2. April 1922.
 Judica.
 Gottesdienst in:
Spangenberg:
 Vormittags 10 Uhr: Metropolitan Schmitt.
 Konfirmandenprüfung.
Elbersdorf:
 Nachmittags 1 Uhr: Metropolitan Schmitt.
 Konfirmandenprüfung.
Schnellrode:
 Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönwald.
 Konfirmandenprüfung.

Ämtlicher Teil.
Das Schulgeld für die Kleinkinderschule
 ist mit Wirkung vom 1. 4. 22 ab von 0,50 Mk. auf
 1.- Mk. je Kind und Woche erhöht worden (angefangen
 Wochen werden voll gerechnet). Es ist am 1. Tage der
 betreffenden Woche an die Kleinkinderlehrerin zu zahlen.
 Die Eltern usw. der Kinder werden hierdurch aufge-
 fordert, vorstehendes zu beachten, damit der Kleinkinder-
 lehrerin unnötige Mühe erspart bleibt.
 Spangenberg, den 30. März 1922.
 Der Magistrat,
 Schier.

Veranstaltung von Lotterien.
 Auch Lotterien, die von Vereinen usw. veranstaltet
 werden, unterliegen unter gewissen Voraussetzungen der
 Erlaubnis- und der Stempelspflicht. Den Beteiligten wird
 im eigenen Interesse empfohlen, sich gegebenenfalls zuvor
 bei der Polizeiverwaltung zu unterrichten.
 Spangenberg, den 28. März 1922.
 Die Polizeiverwaltung
 Schier.

Sonderausgabe
von Weizenmehl und Weizengrieß.
 Auf den Abschnitt der Brotkarte, der mit Sonder-
 ausgabe B bezeichnet ist, werden zu Ostern 3 Pfund
 Weizenmehl und 1 Pfund Weizengrieß verabfolgt.
 Die Verorgungsberechtigten werden hierdurch aufge-
 fordert, die Brotkartenabschnitte spätestens Dienstag,
 den 4. April, an den Bäcker, von dem sie beliefert zu
 werden wünschen, abzugeben.
 Die Bäcker haben eine Liste der betreffenden Haus-
 haltungen, unter Angabe der Zahl der Brotkartenabschnitte
 bis zum 5. April hierher einzureichen. Die Brotkarten-
 abschnitte sind der Liste beizufügen.
 Spangenberg, den 31. März 1922.
 Der Magistrat,
 Schier.